

Einkommensrunde mit Bund und Kommunen 2025

Gewalttat in München überschattet die 2. Runde, bei der in der Sache keine Fortschritte erzielt wurden



2. Verhandlungsrunde Potsdam

Die zweite Runde der Tarifverhandlungen zum TVöD für die Beschäftigten von Bund und Kommunen am 17. und 18. Februar in Potsdam wurde überschattet von den feigen Morden und vielen zum Teil schwerstverletzten Menschen bei einem Gewaltakt in München.

Als Zeichen der Solidarität mit den Betroffenen des Anschlags von München am 13. Februar 2025, bei dem 2 Menschen getötet und 39 verletzt wurden, haben Arbeitgebende und Gewerkschaften gemeinsam ihre Trauer und ihre Solidarität mit den

Familien und Angehörigen bekundet. Dabei betonte dbb-Verhandlungsführer Volker Geyer, „dass unsere Gedanken bei den Familien und Angehörigen der Opfer sind und wir alle solidarisch Kraft und Genesung wünschen. Das feige Attentat stelle unsere friedliche Art, tarifautonom die Arbeits- und Entgeltbedingungen für unsere Kolleginnen und Kollegen auszuhandeln, durch Gewalt in Frage. Aus unserer gemeinsamen Trauer solle am Ende auch ein gemeinsamer Mut erwachsen, unsere gewerkschaftlichen und demokratischen Rechte auch in Zukunft offensiv wahrzunehmen.“

In den anschließend begonnenen Verhandlungen kamen die Parteien jedoch zu keiner Annäherung, da es bei den Arbeitgebern keine Bewegung gab und kein Angebot oder nur Eckpunkte oder Korridore für eine Verständigung aufgezeigt wurden. Insbesondere die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeber (VKA) zeigten sich völlig unkooperativ. So wurden ausschließlich Detailregelungen an insgesamt sechs kleineren Tariftischen – beispielsweise Sparkassen, Krankenhaus – mit teils unakzeptablen Vorschlägen oder Hinweisen diskutiert.

„Kein verhandelbares Angebot und damit weiter Reallohnverluste. Mit der VKA sind wir noch längst nicht in echte Verhandlungen eingetreten und meilenweit von einem Rahmen für einen Abschluss entfernt!“, fasste der dbb Verhandlungsführer Volker Geyer diese Tarifrunde zusammen. Der Ernst der Lage wird offenbar nicht verstanden und die Warnstreiks von tausenden unserer Kolleginnen und Kollegen sowie aktiven Mittagspausen unserer Bundesbeamtinnen und Bundesbeamten mit allen Bundesbeamtengewerkschaften an über 50 Standorten im gesamten Bundesgebiet haben keine ausreichende Wirkung entfaltet.

JETZT dbb.de **8%** **mind. 350 Euro**



Aktion in Friedrichshafen



Aktion in Nordrhein-Westfalen



Aktion in Frankfurt am Main

für Beamtinnen
und Beamte

dbb aktuell

dbb
beamtenbund
und tarifunionHerausgeber:
dbb beamtenbund
und tarifunion
Friedrichstraße 169
10117 BerlinVerantwortlich:
Waldemar Dombrowski,
Fachvorstand
BeamtenspolitikRedaktionell:
Geschäftsbereich Beamte
Beamte@dbb.deFotos:
Friedhelm Windmüller,
Peter Lewald, Daniela
Mortara, Kerstin Seipt,
tbb



Aktion in Potsdam



Aktion in Thüringen



Aktion in Potsdam

für Beamtinnen
und Beamte

Keine Signale hinsichtlich der dringend notwendigen Besoldungs- und Versorgungsanpassungen für alle Bundesbeamtinnen und Bundesbeamte!

Die Arbeitgeber zeigten keine Bereitschaft, zu den zentralen und wichtigsten Kernbestandteilen der Einkommensrunde TVöD 2025 – Entgelt und deutliche lineare Anpassungen, Arbeitszeitentlastungen und Einstieg in dauerhafte Flexibilisierungen der Arbeitszeit, „Mehr-Zeit-für-mich-Konto“ sowie „freien Tag für Gewerkschaftsmitglieder“ – in einen sachgerechten Austausch zu kommen. Der Zweite Vorsitzende und Fachvorstand Beamtenpolitik Waldemar Dombrowski kritisierte dies als völlig unverständlich. „Damit wird die 2. Verhandlungsrunde und die berechtigten Erwartungen der Bundesbeamtinnen und Bundesbeamten auf das größte missachtet“, verstärkte Waldemar Dombrowski sein Unverständnis.

Deshalb muss unsere mehr als berechtigte Forderung nach 8 Prozent mehr Geld – mindestens aber 350 Euro – hartnäckig weiterverfolgt werden, damit ein echtes Angebot auf den Tisch kommt

Der dbb verdeutlichte zudem, dass er das „Angebot“ in Form einer ersten Linearanpassung Ende 2025 als völlig unseriös empfinden würde, da zuletzt durch das geltende BBVAnpG 2023/2024 im März 2024 ein Sockel von 200 Euro und eine Linearanpassung von 5,3 Prozent gewährt wurde. Dieses Geld wurde bereits für die in allen wichtigen Lebensbereichen gestiegenen Kosten, u. a. für Nahrung, Miete und Gesundheit – vollständig verbraucht. Die dauerhaft hohen und weiter steigenden Preise gilt es gerade und besonders für die vielen Beamtinnen und Beamten des mittleren und gehobenen Dienstes, aber auch Teilzeitbeschäftigten im Bundesdienst auszugleichen. Denn klar ist: Wir brauchen eine Besoldung, die den wirtschaftlichen und finanziellen Rahmenbedingungen gerecht wird und nicht zu einer dauerhaften Aushöhlung der Alimentation führt.

Gemeinsame Aktionen aller Beschäftigten von Bund und Kommunen mit Beamtinnen und Beamten des Bundes

Damit es in der aktuellen Einkommensrunde für beide Statusgruppen zu einem guten Ergebnis kommt, gilt es somit, die bereits begonnenen Aktionen zu intensivieren und den Arbeitgebern und dem Dienstherrn Bund klarzumachen, dass die vom dbb geforderten Verbesserungen der Einkommens- und Arbeitszeitbedingungen unbedingt notwendig sind, um den Beschäftigten und Beamtinnen und Beamten einschließlich der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger des Bundes eine ihren Leistungen entsprechende Lebensführung überhaupt zu ermöglichen. „Den Verhandlungsführern muss bewusst sein, dass es in dieser Runde um die gesetzlich bestimmte Anpassung der Besoldung der ca. 176.000 Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter (Kernhaushalt), davon allein ca. 45.000 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte und rund 48.000 Zollbeamtinnen und -beamte geht. Sehr viele dieser Beamten sind junge Menschen im mittleren und gehobenen Dienst, die täglich ihren vollen Einsatz 24/7 mit Schicht- und Wechselschicht und Dienst an Feiertagen und Wochenende für unseren Staat leisten und damit zum Erhalt der Demokratie und des Gemeinwesens beitragen“, betont Waldemar Dombrowski abschließend.

Daher gilt, wie bereits zu Beginn der Einkommensrunde für Beamte und Versorgungsempfänger des Bundes, weiterhin intensiv – aber auch im Rahmen des rechtlich Zulässigen – an Kundgebungen und Aktionen der Tarifbeschäftigten – außerhalb der Arbeitszeit – teilzunehmen und damit die berechtigten Forderungen zu unterstreichen.

Mitglied werden – Wir für Euch!

Weitere Informationen für Beamtinnen und Beamte finden Sie auf der Homepage des dbb beamtenbund und tarifunion unter: www.dbb.de/beamtinnen-beamte



dbb aktuell